

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingaa.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M. — vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 G.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 G.;
außwärtiger Preis 15 M. — Reklamenspreis 30 G.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 147.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag, den 17. Dezember 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Lebensmittel für Deutschland.

Der Waffenstillstandsvertrag wurde Freitag vormittag um 11¼ Uhr (deutscher Zeit) im Salonwagen des Marschalls Foch in Trier verlängert. Der Wortlaut des Abkommens ist wie folgt:

1. Die Dauer des am 1. November 1918 abgeschlossenen Waffenstillstandes ist um einen Monat verlängert worden, bis zum 17. Januar 1919, 5 Uhr vormittags. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Brämlinartfriedens ausgedehnt werden.

2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November, soweit dieselben derzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen Waffenstillstandskommission festgesetzten Vorschriften nach den Bestimmungen des Oberkommandos der Alliierten zum Abschluß geführt.

3. Folgende Bedingung wird dem Abkommen vom 11. November 1918 hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, von jetzt an, wenn es dies für notwendig erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer, nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten 6 Tage vorher angezeigt werden.
Trier, 13. Dezember 1918.

gez. J. Foch, M. S. Bombyn, Admiral.

gez. Erzberger, A. Oberndorff, v. Winterfeldt, Bauselkow.

Die Klauseln, welche die Verlängerung des Vertrages bis zum Abschluß des Brämlinartfriedens sowie die vorherige Ansetzung der Besetzung der neutralen Zone vom Kölner Brückenkopf bis zur holländischen Grenze betreffen, wurden auf Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger in das Abkommen aufgenommen.

In Beginn der Sitzung leitete Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover mit, daß die in Deutschland liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen.

In der Erklärung des Ausdrucks „Kontrolle der Alliierten“ in dem Sinne, daß hierbei die Schiffe selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutsche Besatzungen versehen werden könnten, antwortete Marschall Foch im Prinzip zustimmend. Staatssekretär Erzberger erklärte sich mit dieser Regelung des Transportes und dieser Benutzung des deutschen Schiffsraumes einverstanden, und Marschall Foch sagte zu, dieses Einverständnis dem Lebensmittelkontrollleur Hoover zu übermitteln, damit die Verhandlungen alsbald ausgenommen werden könnten.

Aus der Debatte ist weiter hervorzuheben, daß die Abgabe des Verkehrsmaterials auf Grund der deutschen Vorschläge vor sich gehen würde, und zwar in der Weise, daß bis zum 18. Januar 1919 die auszuliefernden 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen übergeben sein werden.

Von englischer Seite wurde verlangt, daß das Dampfschiff „Baden“ anstelle des Panzerkreuzers „Maderisen“ abgeliefert werde, der nicht schleppbereit sei. Staatssekretär Erzberger bezeichnete diese jetzt vorgetragene Forderung als einen Akt der Willkür und legte Protest ein. Die Engländer haben ihre Forderung nicht zurückgezogen. Ein Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger betreffend die in Ostafrika befindlichen Kolonialgefangenen wird von Marschall Foch geprüft. Die Antwort ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger.

Schnelle Lebensmittelhilfe sicher

Verhandlungen in wenigen Tagen.

Staatssekretär Erzberger trifft Sonnabend mit den übrigen Mitgliedern der Waffenstillstandskommission wieder in Berlin ein.

Die Verhandlungen mit der Entente wegen Lebensmittellieferungen nach Deutschland werden so rasch als möglich aufgenommen. Unsere Vertreter werden schon in wenigen Tagen abreisen. Es soll gleichzeitig in Paris, Brüssel, Rotterdam und London verhandelt werden. Unsere Vertreter haben in Trier den Eindruck gewonnen, daß die Entente diese neuen Verhandlungen aufs ernste zu fördern beabsichtigt, keinerlei Verzögerungen zu befürchten sind, vielmehr mit rascher Hilfe gerechnet werden darf.

Revolutions-Unstimmigkeiten.

Die Sozialdemokratie steht in einer der schwersten Krisen, die sie je durchgemacht hat. Das treibende und einigende Moment des Kampfes um die Suppenküchle und einen „Kompott“ dazu ist zurückgetreten in einer Zeit, da für ungelernete Arbeiter ein Tagelohn von 20 Mark gefordert und schlandweg bewilligt wird. Die Sozialdemokratie sitzt an der Futterkrippe und sie besitzt den Lisch der Machthaber in der Regierung. Aber eine reine Freude will doch nicht recht aufkommen. In der Maienblüte der Revolution hoffte man auf die Einigung der feindlichen Brüder in der Partei, auf Hunderttausende von Mitläufern aus den bürgerlichen Parteien und damit auf eine Massen-Organisation, die im kommenden Deutschland ohne weiteres die Mehrheit haben sollte.

Es ist anders gekommen. Die Mitläufer haben Gelegenheit gehabt, die Errungen der Revolution am eigenen Leibe zu verspüren: die feindlichen Brüder in der Partei stehen sich feindlicher gegenüber als zuvor und selbst innerhalb der einzelnen Zelle misstraut es bedenklich.

In der Konferenz der mehrheitssozialistischen Arbeiterräte Groß-Berlins mußte sich die Regierung sehr scharfe Worte gefallen lassen. Der jetzige Zustand, so erklärte der Vorsitzende, sei unhaltbar.

Ein Stelle der 22 abgeleiteten Autokraten ständen jetzt tausend neue. Je länger die Nationalversammlung hinausgeschoben würde, um so ungünstiger werde auch die Erlangung einer Mehrheit für die alte sozialdemokratische Partei. Das Treiben der Unabhängigen und der Spartakusleute habe im Reich große Erbitterung hervorgerufen, und das Ansehen der Regierung habe gewaltig darunter gelitten, daß sie nicht fest zugegriffen habe. Man begreife überall der Auffassung, daß das edle Paar Diebstahl und Rosa Luxemburg ins Irrenhaus gehörten.

Ein sehr elegisches Lied stimmte — als Gegenstück — in der Konferenz der unabhängigen A- und S-Räte der Abgeordnete Ledebour an, der dabei noch allerhand nette Sprüche gegen die Mehrheitspartei anbrachte.

Er meinte, man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß bei den bevorstehenden Wahlen aller Wahrscheinlichkeit nach die Mehrheitssozialisten den Sieg über die Unabhängigen davontragen werden. Schon der Ausbruch der Revolution habe den Unabhängigen Sozialdemokraten eine schwere Schlappe zugefügt. Denn ursprünglich sollte die Revolution am 6. November stattfinden. Da bei der Marine jedoch noch nicht alles vorbereitet war, einigte man sich auf den 9. November. Diese vier Tage bis zum 9. November benutzte Scheidemann und seine Genossen, um die Früchte der fast dreijährigen Arbeiten der Unabhängigen zu ernten, denn als der Sturm losbrach, da froh Herr Scheidemann, Wilhelm II. approbierter Minister, aus dem Wetterhäuschen heraus und verkündete im geeigneten Augenblick die sozialistische Republik. Unter dem Firmenschild der sozialistischen Republik sei die Regierung groß geworden, und so müsse man denn damit rechnen, daß bei den Wahlen die Unabhängigen wohl kaum eine Mehrheit erlangen würden. Noch aber dürfe man die Pläne nicht ins Korn werfen, auch wenn diese sich sagten, man habe doch keine Ausflüchte. Es sei vielmehr Aufgabe aller Unabhängigen, die Nationalversammlung solange als möglich hinauszuzögern.

Und dann noch die zwar schon vorhandenen, aber erst jetzt an die Oberfläche kommenden antisemitischen Strömungen. Das Mitglied des Bollzugsrats Strobel, der das Flugblatt gegen das Uebernehmen der Juden in der Regierung und im öffentlichen Leben mitunterzeichnete, ist zwar prompt von seinem Posten „geflogen“, aber damit schafft man seine Ansichten nicht aus der Welt.

Wird die kommende Reichskonferenz diese Sprünge noch einmal zusammenfassen können? Auf wie lange?

Wilson's Ankuft und Pläne.

Die 14 Punkte in Kraft.

Sehr bemerkenswerte Mitteilungen über Wilson's Programm übermittelte der Vertreter der Associated Press, die über sehr gute Verbindungen verfügt. Der Korrespondent meldet aus Brest:

Er könne nicht genug vor Uebertriebungen warnen. Der Präsident und die ihn begleitenden Bevollmächtigten seien sich vollkommen bewußt, daß die Welt von der großen Bedeutung der kommenden Konferenz erfüllt sei. Das Programm Wilson's habe für die Konferenz den großen Vorteil, daß alle 14 Punkte mit Ausnahme der kritischen Auslegung der Freiheit zur See als positive Waffe für alle Unterhandlungen schon angenommen seien. Am liebsten seien nach der

Meinung des Präsidenten die 14 Punkte nicht nur von den Kriegführenden, sondern auch von den Neutralen angenommen.

Der Korrespondent fährt fort: Er sei ermächtigt zu erklären, daß der

Völkerbund eine notwendige Basis

für jeden zu unternehmenden Schritt sei. Die amerikanischen Abgeordneten weisen auf die New Yorker Rede des Präsidenten hin, die mit einigen Ausnahmen von England, Frankreich, Italien u. a. als Grundlage für Verhandlungen angenommen wurde. In dieser Rede legte Wilson den Nachdruck auf die Errichtung des Völkerbundes als auf eine Hauptbestimmung des Friedensvertrages. Sonst würden die Verträge nur ein Regen Papier sein.

Aus besser Quelle will der Korrespondent weiter mitteilen können, daß auf der Konferenz radikale Meinungsverschiedenheiten schon deshalb nicht zu erwarten seien, weil die Welt sich noch eben erst mit Wilson's Ansichten einverstanden erklärt habe. Auch für das, was der Präsident unter der Freiheit zur See versteht, ist der Völkerbund eine ebenso notwendige Basis. Die Unklarheit über diesen Punkt ist bereits kürzlich entfernt worden.

Ueber die Ankuft Wilson's

berichtet Reuter noch, daß der Dampfer „George Washington“ Freitag mittag 12.50 Minuten, begleitet von der ihm entgegen gefahrenen amerikanischen Flottenabteilung, in Brest eingelaufen ist. Präsident Wilson stand während der Einfahrt in den Hafen auf der Brücke des Schiffes. Auf der Ueberfahrt waren ihm eine Anzahl Einladungen zugegangen, die er jedoch alle abgelehnt hat, da er alle offiziellen Funktionen in Europa möglichst beschränken will. Die amerikanischen Truppen an der Front und die verwüsteten Gebiete Frankreichs will Präsident Wilson in der Zeit vor dem 3. Januar besuchen, um sich dann 6 Wochen ganz den Friedensbesprechungen hinzugeben. In Brest herrscht Feststimmung. Wilson wurde von Pichon, Lardieu, Lehgues, dem Kommandanten von Brest, Oberst Houze, dem amerikanischen Gesandten in Paris, General Pershing und General Bliss empfangen und setzte gleich darauf seine Reise nach Paris fort.

Zwischen Krieg und Frieden.

Aus den Papieren des Weltkrieges.

Am allgemeinen Rat der sozialistischen Partei in Brüssel wurde ein Brief der Führer Vanderveld und de Broodere über ihre Haltung und ihr Auftreten in den Ententeländern während des Krieges verlesen. De Broodere überreichte einen Bericht, worin er über die Konferenz in Stockholm berichtet. In diesem Bericht wird auch gesagt, daß der holländische Sozialistenführer Troelstra in einer Unterredung mitteilte, in Berlin sei er dem Reichskanzler begegnet, der, als er von Troelstras Reise nach Stockholm erfuhr, zu ihm sagte: Gehen Sie nun nach Stockholm und machen Sie Frieden!

Amerika wird keine Wache gestatten.

Bei Einbringung der Flottenvorlage im Kongress hielt Marineminister Daniels eine Rede, in der er auch den künftigen Frieden berührte. Er erklärte, Amerika wird keine Entschuldigungen verlangen, sondern es wird darauf bestehen, daß der Friedensvertrag eine Bestimmung enthält, die den kleinen Nationen genau die gleichen Rechte gewährt, wie die großen. Jede Bestimmung in den Abkommen, die zu neuen Kriegen Anlaß geben könnte, muß unbedingt fortfallen.

Solange die anderen Mächte nicht abrissten, muß auch Amerika sein Heer und seine Flotte behalten. Die Vereinigten Staaten werden von der Friedenskonferenz Gerechtigkeit verlangen und nicht gestatten, daß Raube geübt werde. Es müsse aber eine Macht da sein, die die Erfüllung der Friedensbedingungen garantieren kann und die weiterhin die Erfüllung der Urteile des Weltgerichtshofes durchzusetzen vermag. Das könne nur durch eine Flotte geschehen, an der die Vereinigten Staaten ihren Anteil haben müßten. Daniels behandelte dann die Frage der Kauffahrteiflotte und sagte weiter:

Solange das amerikanische Volk selbst ein Stückchen Brot hat, wird es nicht gestatten, daß andere Völker, Freund oder Feind, hungern. Es würde eine Weltkalamität entstehen, wenn wir nicht in freundschaftlichem Wettbewerb mit anderen versuchen würden, eine bessere Lage zu schaffen.

Ueber die Freiheit der Meere erklärte Daniels, daß Amerika auf der Friedenskonferenz eine Wertschätzung verlangt für deren Durchführung.

Deutsche Kriegsgefangene und chinesische Arme.

Nach Meldungen französischer Blätter wird bereits eifrig an der Wiederherstellung Nordfrankreichs gearbeitet. Deutsche Kriegsgefangene sind damit beschäftigt, die Schützengräben zuzuschütten und die Drahtverhänge zu beseitigen. Ihren Arbeitskolonnen sind Abteilungen chinesischer Kulis angeteilt, die die auf

den Schlachtfeldern zurückgedrängten Windgänger entfernen. Ferner sind große Motorzüge amerikanischen Ursprungs in Tätigkeit, um die Erde umzupflügen und die Sprengtrichter auszufüllen.

Schritte des Papstes zu Gunsten Teufelstanz.

Wie berichtet, hatten der Münchener Erzbischof Dr. Faulhaber und Kardinal Hartmann-Köln den Papst gebeten, er möge seinen Einfluß bei den feindlichen Regierungen geltend machen, um Erleichterungen in den Deutschland drohenden Ernährungsbeschwerden zu erreichen. Auf die Bitte des Papstes hin hat Wilson dem Kardinalstaatssekretär in Rom mitteilen lassen, daß die äußerst schwierige Ernährungsfrage Deutschlands berücksichtigt werden würde.

Ein neutrales Urteil über die deutsche Revolution.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt an der Art, wie in Deutschland die „neue Zeit“ in Szene gesetzt wurde, folgende treffende Kritik:

„Man muß leider zugeben, daß auch die deutsche Revolution nichts erreicht hat, als Unfähigkeit ans Ruder zu bringen. Von allen Seiten ertönt noch Berlin der Ruf nach einer Nationalversammlung. Diese rufenden Kreise wissen, daß, wenn nicht bald Ernst gemacht wird, das Reich unter die Bajonette der Entente geraten muß.“

Daß eine kleine Gruppe entschlossener Leute, wie diese Spartakusgruppe, wagen darf, täglich Unordnungen zu erzeugen, daß sie öffentlich ungestraft zum Bolschewismus auffordern darf, erschreckt uns und viele frühere ehrliche Freunde Deutschlands. Es ist einfach unbegreiflich, wie ein so intelligentes, geschultes Volk, wie die Deutschen, sich bei einer Revolution so ungeschickt und dumm benehmen kann, sie werden mit ihrer Unentschlossenheit noch die Republik in Gefahr bringen. Der Fehler, den die heutigen Machthaber begehen, liegt einfach darin, daß sie sich immer noch nicht entschließen können, ehrlich und rücksichtslos eine Demokratie zu schaffen.“

Sensationsgerüchte über den Erbkaiser.

Die „Märker Morgenzeitung“ erfährt von besonderer Seite aus dem Haag:

Wie uns ein zuverlässiger Gewährsmann aus der Umgebung des Erbkaisers berichtet, hat dieser in einem Anfall von Trübheit versucht, sich das Leben zu nehmen. Die Kugel ging aber fehl und verletzte einen der Herren aus seiner Umgebung, die ihn im letzten Augenblick an der Ausübung der Tat verhindern wollten. Der Kaiser, der nunmehr gänzlich gebrochen ist, hat daraufhin sein gesamtes Gefolge nach Deutschland zurückgeschickt.

Eine Bestätigung dieser Sensationsmeldung wurde nicht gegeben.

Die Heimkehr der Armee Madensien.

Von der Armeegruppe Madensien sind bis jetzt bereits große Teile in der Heimat eingetroffen. Es sind angelangt: die gesamte 11. Armee, Teile der 218. und der 226. Infanterie-Division sowie die seinerzeit aus der Ukraine nach Rumänien entsandten Teile der 7. Landwehr-Division und Teile der 16. Infanterie-Division.

Das russische Gold für Frankreich.

In Paris sind weitere 320 Millionen Francs in russischem Golde angekommen und bei der Banque de France deponiert worden.

Drohungen mit Gewalt im Ruhrgebiet.

Die Streikbewegung, die auf den Befehl der Thyssen Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ ausbrach, geht auf immer mehr Bezirke des Ruhrgebietes über. Die Zahl der Streikenden hat sich auf über 10 000 erhöht. Die Streikenden verlangen auf verschiedenen Bezirken statt der mit den Gewerkschaften vereinbarten achtstündigen Arbeitszeit die siebenstündige Schicht und einen Schichtlohn für die Dauer von 20 Mark pro Tag. Die Belegschaften der Bezirke der Arenbergischen Bergbau A.-G. verlangen außerdem für jeden Bergarbeiter, der vier Jahre lang unter Tage gearbeitet hat, eine Gratifikation von 1000 Mark.

Die radikale Streikbewegung nimmt einen sehr ersten Charakter an und droht immer weitere Kreise der Bergarbeiter zu ergreifen. Dabei muß damit gerechnet werden, daß das auf „Deutscher Kaiser“ und „Neumühl“ angewandte Verfahren, durch Drohung mit der Zerstörung der Zechenanlagen die Bewilligung der von der Bergarbeiterverbänden keineswegs gebilligten Forderungen zu erzwingen, Nachahmung findet.

Kronprinz Rupprecht und die deutsche Politik.

Ueber die Haltung des Kronprinzen Rupprecht von Bayern während des Krieges wird mitgeteilt:

Kronprinz Rupprecht stand fast von den ersten Tagen des Feldzuges an in militärischem und politischem Gegensatz zum Großen Hauptquartier. Schon 1914 hat er sich mit allen Kräften dagegen gewehrt, den vergeblichen Durchbruch durch die große französische Festungslinie zu unternehmen. Er sah das negative Resultat voraus. 1915 hat er bittere Klage über Falkenhayn geführt, der in keiner Weise für Flugzeuge und schweres Geschütz sorgte.

Die Zerstörungen des Lubendorffschen strategischen Rückzuges hat er mißbilligt, und er geriet in immer schrofferen Gegensatz zu Lubendorff dadurch, daß er alle unnützen Offensiven verdammt. Ganz zum Schluß des Feldzuges hat er die Offensive gegen die Engländer zur Trennung von den Franzosen, die glücklicherweise war, unterbreiten müssen, trotz seines Widerspruches, weil Lubendorff höchlich gegen die Franzosen einschwenken ließ und dadurch die große Niederlage herbeiführte.

Der Prinz war vom Frühjahr 1916 an ein ganz konsequenter Anhänger des Verständigungsfriedens mit völliger Wiederherstellung Belgiens. Er hat aus dieser Meinung nie ein Geht gemacht, weder seinem Vater, noch dem Deutschen Kaiser, noch den leitenden politischen Stellen gegenüber. Mit Kaiser Wilhelm hat er deswegen im Februar 1918, als der Kaiser zur goldenen Hochzeit in München war, eine sehr lebhaft Auseinandersetzung gehabt. Er sah dann das Kommen herannahen und hat vergeblich versucht, immer wieder durch neue Mahnungen auf eine rasche Beendigung des Kampfes und einen leidlichen Frieden hinzuwirken.

Unsere Stanjaden an Hindenburg.

Namens der Kameraden der Nordseevorposten und der A-Boot-Gesellschaft und der Kaiserlichen Matrosenkompanien wird nachfolgendes mitgeteilt:

Von der Nordsee vorposten, Hiesigen, unsere Stan-

den der Nordsee vorposten unsern Generalfeldmarschall in dieser Verehrung ihren Gruß. Sie erachten es ihre heiligste Pflicht, treu zur letzten Regierung zu stehen und an der Wiederherstellung der Ordnung im Vaterlande mit allen Kräften mitzuwirken und sie zu erhalten.

Was Herbe vom russischen Bolschewiki erwar et.

Der Sozialist Herbe erklärt in seiner „Victoire“: „Wenn es nicht auch nur für einige Wochen gelte, so sollte, sich wie Lenin durchzusetzen, so sei es nicht schmerzlich, vorauszusetzen, daß Bayern, die Rheinprovinz und Westfalen die Entente zum Schutz gegen den Bolschewismus herbeizurufen würden. In allen größeren Industrien in Preußen und Sachsen würde unter der Herrschaft des Bolschewismus genau wie heute in Petersburg und Moskau Hunger, Anarchie und Chaos herrschen.“

Als rochardstender Franzose könnte man sich freuen, wenn Deutschland in ein derartiges Chaos geraten würde. Aber so verbrecherisch das deutsche Volk auch sein möge, so verdiente es doch nicht, so tief in Schmerz und Schande zu sinken. Frankreich fürchte den Bolschewismus nicht, der eine Krankheit sei, die nur die durch Niederlagen geschwächten nationalen Organismen angreife. Aber als Mensch, der einen Augenblick seinen nationalen Vorurteilen und nur an die bedrohte Zivilisation denke, werde er diese Feststellung zu Gunsten des deutschen „Vaterlandes“ machen.“

Fehrenbach über seine Pläne.

Gegenüber der Erklärung der Reichsleitung auf meine Verufung des Reichstages im Zusammenhang mit Presseüberlegungen habe ich nur das Bedürfnis, folgendes festzustellen:

1) Es ist falsch, von der Absicht einer Gegenrevolution oder von Schwierigkeiten zu sprechen, die ich der Regierung machen wollte. Es handelt sich für mich nur um die Schaffung der Voraussetzungen für den baldigsten Abschluß eines Vorfriedens. Herr Ebert ist über meine Ansichten und die Uebereinstimmung der Parteiführer mit diesen von mir loyal unterrichtet worden.

2) Voraussetzung meiner tatsächlichen Verufung des Reichstages durch Bestimmung von Ort und Zeit ist die zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß die jetzigen Gewalten in Deutschland von unseren Feinden nicht anerkannt werden. Diesen Zeitpunkt, der nach den Zeitungsnachrichten vom Tage zuvor unmittelbar bevorstehen sollte, wollte ich aus einer einleuchtenden Erwägung heraus nicht abwarten. Ich durfte es auch nicht angeht, der ungezählten Zuschriften und Telegramme, welche die Verufung des Reichstages forderten, und namentlich angesichts der Reichsreise aus Koblenz. Die Annahme, daß die Entente erst durch mich auf den Gedanken kommen könnte, es fehle an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vorausgegangenen Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt.

3) Die Folgen meiner Pflichterfüllung verantworte ich mit ruhigem Gewissen. Ich warte das pflichtmäßige Handeln der Regierung ab, wenn sich die Voraussetzung meiner Kundgebung erfüllt.

gez. Fehrenbach, Präsident des Reichstages.

Locales und Provinzielles.

*§ Weisenheim, 17. Dez. In der letzten Nummer unserer Zeitung haben wir eine Notiz veröffentlicht, die sich mit der stattgehabten Verteilung von Lebensmitteln etc. in unser Nachbarstadt Rudesheim befaßte, und im Anschluß daran eine Erklärung unseres Herrn Bürgermeisters die in Verbindung mit der ersten Notiz falsche Folgerungen zulassen könnte. Die Erklärung des Herrn Bürgermeisters bezieht sich in keiner Weise auf die vorübergehende Notiz, ist vielmehr als selbständiger Artikel aufzufassen. In unserer Stadt werden von unerantwortlichen Menschen andauernd Gerüchte verbreitet, die geeignet sind Unruhe und Unsicherheit in die Bevölkerung zu tragen. Die Gerüchte können nur den Zweck haben, die Einwohnerschaft an der Ehrlichkeit unserer Beamten auf dem Rathaus irre zu machen. Um nun der Bevölkerung zu zeigen, welche Möglichkeiten unsere Mitbürger haben, sich über die Verteilung der Lebensmittel zu unterrichten, hat der Herr Bürgermeister es für nötig befunden, die Erklärung zu veröffentlichen. Es sollte niemand auf unkontrollierbare Gerüchte Gewicht legen und sie weiterverbreiten. Er soll vielmehr bei einer der genannten Stellen sich vergewissern, wenn er glaubt, daß in der Verteilung der Lebensmittel oder sonstiger rationierter Sachen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Es wäre auch sehr erwünscht, wenn die Verbreiter und noch vielmehr die Urheber der Gerüchte, die nun schon seit langer Zeit in unerantwortlicher Weise unsere Stadt durchlaufen, bekannt würden und dadurch der Grund dieser, sowohl die Beamtschaft als auch die beteiligten Kommissionen beleidigenden Gerüchte festgestellt würde. Wir bitten unsere Leser die Erklärung in diesem Sinne aufzufassen.

*§ Weisenheim, 17. Dez. Laut einer Verfügung des Besatzungscommandos in Wiesbaden hat mit dem gestrigen Tage der Arbeiter- und Bauernrat in Weisenheim seine Tätigkeit eingestellt.

*§ Weisenheim 17. Dez. Die Besetzung unserer Stadt ist bisher noch nicht erfolgt, jedoch kann das Eintreffen der feindlichen Besatzungstruppen täglich und stündlich erwartet werden. Ueber die Anzahl der zu erwartenden Truppen sind nur Vermutungen bekannt. Sichere Angaben können bis jetzt noch nicht gemacht werden. Wir müssen erst den Einmarsch der Besatzung abwarten.

*§ Weisenheim 17. Dez. Der Kaufmännische Verein Mittel-Rheingau kann am 19. Dez. 1918 auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Außer auf dem weitverbreiteten Gebiet kaufmännischen Wissens ist der Verein während 25 Jahren auch sozialpolitisch außerordentlich tätig gewesen. Seine Bildungsbestrebungen — Vorträge, Bibliothek, Unterrichtskurse — seine Wohlfahrts-Einrichtungen, Stenotypen-Unterstützungs-Kasse, Stellenvermittlung, Kriegsfürsorge — haben ihn weit über die Grenzen unserer engen Heimat bekannt gemacht. Ganz besonders ließ sich der Kaufm. Verein auch stets die Förderung der wirtschaftlichen Angelegenheiten des Rheingaus angelegen sein. Leider verbielen die Zeitverhältnisse ein festliches Begehen des Gründungstages. Dem allseit rührigen Verein, welcher mit 31 den angesehensten Kaufmännischen Vereinen Deutschlands zählt, wünschen wir an seinem Ehrentage alles Glück zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung zu Nutz und Frommen

seiner Mitglieder, unseres Kreises und des gesamten Kaufmannstandes.

*§ Weisenheim, 17. Dez. Gestern Vormittag fand in der „Germania“ die Versteigerung der Liegenschaften der Frau Joh. Stublträger Witwe zu Klaus bei Winkel statt. Die Grundstücke liegen sämtlich in der Gemarkung Weisenheim. Es wurden zugeschlagen: 37 Acker 24 Schub Weinberg Blatt zu Nr. 33. — an Wilhelm Gerhardt in Klaus bei Winkel, 38 Acker 28 Schub Weinberg Spitzlehn zu Nr. 37. — Theodor Biehl in Marienthal, 32 Acker 96 Schub Weinberg Rilsberg zu Nr. 59. — Rosmar Wappert Johannisberg, 23 Acker 88 Schub Weinberg Rilsberg zu Nr. 40. — Jakob Wappert Johannisberg, 47 Acker 88 Schub Weinberg Spitzlehn zu Nr. 39. — Vet. Joh. Berlenbach hier, 21 Acker 76 Schub Weinberg, 26 Acker 36 Schub Acker Rilsberg zu Nr. 34. — Schmied Johann Klein 4. jun. in Johannisberg, 67 Acker 41 Schub und 21 Acker Acker hinterer Breiderl zu Nr. 34. — Heinrich Merkator dahier.

In der der darauf folgenden Versteigerung des Herrn C. Christ wurde der Acker und Weinberg im Thal 198 Acker 24 Schub groß an den Weichensteller Joh. Wargelhan hier zu 42 Mk., die Acker zugeschlagen. Der Weinberg im Thal des Herrn Freiherr Gottfried v. Zwierelein und der Bauplatz des Herrn Joh. Wolf an der Winkel Landstr. wurden wegen ungenügender Gebote zurückgezogen.

KA Weisenheim 17. Dez. Die Butterbelieferung ist eben ein mehr als knappe. Zwar ist dem Kreise ein gewisser Bestand geliefert worden, doch hat sich die Bezirksstelle dessen Freigabe vorbehalten. Bedauerlicher Weise wird dadurch die Belieferung der Kranken mit Butter wesentlich eingeschränkt. Freigabe der vorhandenen Butter für die Krankenversorgung ist bei der Bezirksstelle beantragt.

KA Weisenheim 17. Dez. Um den aus dem Heeresdienst entlassenen Schuhmachern die Möglichkeit zu geben ihren Beruf möglichst rasch wieder aufzunehmen, ist folgendes veranlaßt: Der zurückkehrende selbständige Schuhmacher, der seinen Betrieb wieder aufnehmen will oder bereits im Besitze einer Bodenledeckarte befindliche Schuhmacher, der zurückkehrende Schuhmachergehilfen neu einstellt, hat sich zwecks Erlangung von Boden- und Schuhoberleder an die Lederleinhandlung oder Rohstoffgenossenschaft zu wenden, von der er in Zukunft Leder beziehen will. Für die aus dem Heeresdienste entlassenen Sattler, der seinen Betrieb wieder aufnehmen will, oder der Sattler, der zurückkehrende Sattlergehilfen neu einstellt, hat sich an die nächstgelegene Sattlerlederleinhandlung bzw. Rohstoffgenossenschaft zu wenden.

KA Weisenheim, 17. Dez. Auf die in den amtlichen Blättern erschienene Bekanntmachung der Bezirksfleischstelle vom 7. d. Mts. betreffend Hauschlachtung von Schweinen sei hiermit besonders hingewiesen. In Berücksichtigung, daß die diesjährige Kartoffelernte hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist und deshalb das Verfüttern von Speisekartoffeln unter allen Umständen verbietet werden muß, hat die Bezirksfleischstelle angeordnet, daß die für die Hauschlachtung eingelegten Schweine spätestens bis 31. Dez. d. Js. abgeschlachtet sein müssen. In Einzelfällen können vom Kommunalverbande kurzfristige Ausnahmen gewährt werden, wenn die Möglichkeit der Weiterverfütterung mit erlaubten Futtermitteln nachgewiesen wird. Alle nach dem 1. Januar 1919 noch ohne Ausnahmegewilligung vorhandenen schlachtreifen Schweine werden, abgesehen von Zuchtschweinen, welche zur Wiederherstellung des Schweinebestandes unbedingt zu erhalten sind, zur Erfüllung der Schlachtviehumlage für die Ernährung der Allgemeinheit herangezogen werden.

KA Weisenheim 27. Dez. Für den Kleinwohnungsbau ist dem Vernehmen nach Holz bei der Heeresverwaltung verfügbar. Näheres ist bei der Fortifikation in Mainz (Gouvernementsgebäude) festzustellen. Handwerker, die Holz zu beziehen wünschen, werden sich am zweckmäßigsten mit einem Ausweise ihrer Gemeindebehörden zu versehen haben, oder die Feststellung durch die Gemeindebehörde selbst bewirken.

Allgemeine Nachrichten.

** Konflikt zwischen A. und S.-Nat und Postverwaltung. Der A. und S.-Nat hatte beschlossen, auf der Verwaltung des Greifswalder Postamts eine Kontrolle beizubehalten. Die Postdirektion hatte eine solche Kontrolle abgelehnt und sich gleichzeitig beim A. und S.-Nat in Stettin beschwert. Der A. und S.-Nat in Stettin hatte hierauf verfügt, daß die A. und S.-Nat-Kontrolle zurückzuziehen sei. Der Greifswalder A. und S.-Nat anerkennt den A. und S.-Nat in Stettin nicht als vorgeordnet und beschloß, dieser Anordnung keine Folge zu leisten. Nunmehr hat auf eine Anfrage die Oberpostdirektion Stettin verfügt, daß, wenn von der Kontrolle durch den A. und S.-Nat nicht abgesehen werden sollte, das Postamt Greifswald sofort zu schließen sei. Hoffentlich kommt es nicht zu dieser äußersten Maßnahme, da dann Greifswald von der ganzen Welt abgeschnitten sein würde. Es würden also weder Briefe und Pakete befördert, Telegramme weiter gegeben noch Fernspreverbindungen hergestellt werden. Auch würden keinerlei Auszahlungen und auch keine Rentenzahlungen mehr stattfinden. Ein heilloser Durcheinander, das jeden guten Deutschen anwidern muß.

** Zwei Fuhrwerke aneinandergefahren. In der Dunkelheit fuhr zwischen der Ortschaft Jöden und dem Stabenhagener Diergarten eine Landdreschtragsfuhrwerk und ein grünes Fuhrwerk aneinander. Hierbei drang die Deichsel des Postwagens dem einen Jödenader Pferd tief in die Brust hinein, so daß es gleich darauf verendete.

** Den Bruder vor den Augen der Eltern erschossen. Einem Unglücksfall ist in Altdorf ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen. Der im Elternhause weilende beurlaubte Infanterist Sch. besaß sich mit einer Browningspistole. Die geladene Waffe entlud sich unversehens, und von der Kugel getroffen stürzte der 7-jährige Bruder des Sch. in Gegenwart der Eltern tot hin.

** Marineer als Erpresser. In der Nacht drangen Marineer in das Haus G. Siems in Krögerdorf und verlangten mit vorgehaltenem Revolver die Summe von 30 000 Mark. Die Knechte und der Sohn des Hauses wurden ebenfalls mit Revolvern bedroht.

zu gelang es einem Sohne, nach Rathbarn zu eilen um von ihnen Hilfe herbeizurufen, worauf die Eindringlinge die Flucht ergriffen.

Eisenbahnunglück in Sachsen. Freitag vormittag in der zehnten Stunde hat sich auf der Strecke Hof-Plauen in der Nähe der Station Syrau wahrscheinlich infolge Reißens der Kuppelung eines Militärzuges ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Der Zug war mit Mannschaften der 11. Armee und der 8. Reserve-Division, die ihren Standort in Brandenburg und Allenstein haben, besetzt. Unter ihnen befanden sich auch namentlich viele Berliner. 7 Wagen des Zuges sind zertrümmert, davon 5 in- und übereinander geschoben. Bisher sind 12 Tote, darunter 2 Offiziere, 9 Schwerverletzte und viele Leichtverletzte obzogen.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin 17. Dez. Wie das „Budapester Blatt“ meldet, ist Generalfeldmarschall Mackensen von der ungarischen Regierung interniert worden. Ein Vertreter der ungarischen Regierung teilte dem Feldmarschall mit, daß die Entente-mächte auf seiner Internierung beharren.

TU Rühlheim, 17. Dez. Die Großindustriellen Thyssen und Stinnes, die kürzlich verhaftet waren, haben bei der Staatsanwaltschaft zu Duisburg Strafantrag wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Freiheitsberaubung gegen den Rühlheimer A. und S.-Rat und dem Berliner Poli-präsidenten gestellt.

TU München, 17. Dez. Ein vom Münchener Jun-turm ausgehendes drahtloses Telegramm über das ameri-kanische Friedensprogramm, das vom Eiffel-Turm verbreitet wurde, besagt folgendes: Von Paris an Alle: Das Frie-densprogramm der Vereinigten Staaten. In einer am Mitt-woch in Baltimore gehaltenen Rede erklärte der amerika-nische Marine-Staatssekretär Daniels: Die Vertreter der

Vereinigten Staaten auf der Friedenskonferenz werden we-der Land noch Entschädigungen fordern. Sie werden da-rauf bestehen, daß in Ausführung des Vertrages Maßnah-men getroffen werden, die den kleinen Nationen das gleiche Recht zugesichert werden, wie den großen und daß alles aus dem Weg geräumt werden müsse, was einen neuen Krieg heraufbeschwören könne.

TU Berlin, 17. Dez. Der Präsident des Reichstages Febrbach, teilte den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach Verlängerung des Waffenstillstandes und die alsbal-dige Vornahme von Vorfriedensverhandlungen, augenbli-cklich ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstages nicht bestehe.

TU Dessau, 17. Dez. Die Wahlen zur konstituier-enden Nationalversammlung für Anhalt hatten folgendes Ergebnis. Gewählt sind 200 Mehrheitssozialisten, 12 bür-gerliche Demokraten und zwei Volksparteiler.

TU Ribau 17. Dez. Zu Zusammenstößen kam es hier zwischen deutschen Besatzungstruppen und Arbeitern der Spartakus-Richtung, von denen von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Hierbei gab es Tote und Verwundete. 115 Arbeiter wurden verhaftet. Die Truppen stellten die Ruhe wieder her. Der Generalstreik wurde mit einem Demonstrationzug erklärt.

TU Genf, 17. Dez. Die gesamte Pariser Presse der Linken kritisiert aufs schärfste die polizeilichen Maßnah-men der Pariser Behörden bei dem Empfang Wilsons, durch die jede Verbindung zwischen der Bürgerschaft und Wilson unmöglich geworden sei. Nach der „Humanite“ konnte die Pariser Bevölkerung den Präsidenten Wilson nun auf einige hundert Meter Entfernung hinter starkem polizeilichem und militärischem Kordon erblicken.

TU Genf 17. Dez. In der „Humanite“ behauptet Marcel Dachin, das zwei verschiedenen Lesarten der Trin- sprüche Poincares und Wilsons bestehen. In der nicht veröffentlichten Lesart habe Poincares die Liga der Nationen

nur gestreift und erklärt, daß nach seiner Ansicht die zu-künftige Gemeinschaft der Nationen ausschließlich die Kriegs-führenden der Ententeländer umfassen müsse. Auch habe er die Hoffnung zurückgewiesen, daß dieser Krieg der letzte gewesen sein werde. Wilson hat in seiner Antwort bezüg-lich dieser Behauptung klar und deutlich gesagt, daß das amerikanische Volk nicht nur den Krieg durch den Sieg be- endigen, sondern auch den zukünftigen Frieden haben sichern wollen. Außerdem habe Wilson erklärt, daß es nötig wäre, daß am Ende dieses schrecklichen Dramas eine Grundlage für die Freiheit und das Glück alle der zahlreichen Nationen und Völker zu errichten, die an ihm teilgenommen haben. Es handelte sich natürlich auch um Deutschland und sein e Bundesgenossen. Der „Temps“ bestreitet, daß die letzte Lesart bestehe und meint, auch nach der Ansicht Wilsons werde die Liga der Nationen nur noch durch die Entente berichtet werden können. Deutschland werde später nur unter gewissen Bedingungen in den Bund aufgenommen.

TU Rotterdam, 17. Dez. Der Manchester Guardian will erfahren daß die Franzosen als Friedensbedingung nicht nur die Rückgabe Elsaß-Lothringen, sondern auch die Rheinprovinz und die Pfalz verlangen. Das Maximum — Programm ist die Annektion dieser beiden Provinzen. Das Minimum — Programm die Bildung eines Puffer- staates unter französischer Oberhoheit. Durch dieses Ge- biet soll verhindert werden, daß Deutschland der Nachbar Belgiens bleibe. Deshalb unterstützt Belgien die Pläne Frankreichs. Der „Manchester Guardian“ teilt mit, die Zensur habe ferner in den englischen Zeitungen verboten, gewisse Gebietspläne zu erörtern, da alles das auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll. In der Be- gründung des Verbotes heißt es, man müsse die nationale Empfindlichkeit schonen, die durch derartige Erörterungen verletzt werden könnte. Das Blatt fragt, wie sich diese Geheimdiplomatie mit den Wünschen Wilsons vereinbare.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 19. Dez., vormittags von 9 Uhr ab im Verkaufsraum der Debraastalt

Verkauf von Gemüse

an die Einwohner von Geisenheim. Zugelassen sind diejenigen Haushaltungen der Lebensmittelkarten 201—400, welche keine Gemüse gezogen haben und in Besitze eines Ausweises sind.

Die Materialverwaltung.

Bekanntmachung.

Morgen Mittwoch den 18. d. Mts. von 9 bis 11 Uhr vormittags findet der Verkauf von

Gelberüben

der Zentner zu M. 15— im Rathaushofe statt. Bezugsscheine werden im Rathaussaale gegen Gleichbezahlung ausgegeben.

Geisenheim, 17. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 19. und Freitag, den 20. d. Mts. kommt im Rathaus

Butter und Margarine

in nachstehender Reihenfolge zum Verkauf:

am Donnerstag

für Nr. 301—365 der Fettkarte von 8—9 Uhr vorm.			
" " 366—430 " " " 9—10 " "			
" " 431—495 " " " 10—11 " "			
" " 496—560 " " " 11—12 " "			
" " 561—625 " " " 2—3 " nachm.			
" " 626—690 " " " 3—4 " "			
" " 691—755 " " " 4—5 " "			
" " 756—820 " " " 5—6 " "			

am Freitag

für Nr. 821—885 der Fettkarte von 8—9 Uhr vorm.			
" " 886—950 " " " 9—10 " "			
" " 951—1036 " " " 10—11 " "			
" " 1—65 " " " 11—12 " "			
" " 66—130 " " " 2—3 " nachm.			
" " 131—195 " " " 3—4 " "			
" " 196—240 " " " 4—5 " "			
" " 241—300 " " " 5—6 " "			

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Es kommt zur Entwertung Nr. 38 der Fettkarte und wird ersucht Einwickelpapier und möglichst Kleingeld mitzubringen. Auf die roten Karten entfällt die Hälfte.

Geisenheim, den 17. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen Einwohner, welche Anspruch auf die Oechs'sche Stiftung erheben, werden ersucht, ihre des-solligen Gesuche spätestens bis zum **Donnerstag, den 19. ds. Mts.** auf hiesiger Bürgermeisterei einzureichen. Bemerkelt wird noch, daß gemäß testamentarischer Bestimmung nur arme Witwen mit noch unerzogenen Kindern, welche nach Wahl des Magistrats und dei-katholischen Pfarrers für die würdigsten befunden werden, in Betracht kommen und zwar ohne Rücksicht auf die Religion.

Geisenheim, 16. Dez. 1918.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Kuhhalter werden wiederholt darauf aufmerk-sam gemacht, daß alle Zu- und Abgänge an Kälbern innerhalb 48 Stunden anzumelden sind.

Geisenheim, 10. Dezember 1918.

Städt. Wirtschaftsamt.

J. B.: Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Die Familienangehörigen der in der zweiten No- vemberhälfte d. J. aus dem Heere entlassenen Mann- schaften erhalten die bisher gewährte Familienunterstützung bis Ende Dezember d. J. weitergezahlt und erfolgt die Aus- zahlung morgen, Mittwoch den 18. d. J. vormittags. Wegen Abrechnung sind die Beträge pünktlich abzuholen.

Geisenheim, 17. Dez. 1918.

Die Stadtkasse.

Wie schon in anderen Bezirken, so haben auch hier im Rheingau auf Befehl der französischen Besatzungsbehörden die be- stehenden Arbeiter- und Bauern- etc. Räte sich aufzulösen.

Der hiesige Arbeiter- und Bauernrat, der in der kurzen Zeit seines Bestehens den Beweis erbracht hat, dass er in der Vertret- ung der allgemeinen Interessen die Erfüll- ung seiner ersten Pflicht sah, stellt hiermit seine Tätigkeit ein, nicht aber ohne vorher dem verständigen Teil der Geisenheimer Bürger für das den Bestrebungen des Ar- beiter- und Bauernrates entgegengebrachte Verständnis aufrichtig zu danken.

Der Arbeiter- und Bauernrat in Geisenheim.

Aus dem Felde zurück

werde ich mit dem 29. Dezember, an welchem die neue Brotkartenperiode beginnt, meine

BÄCKEREI

wieder eröffnen.

Ich bitte meine Kundschaft mir das frühere Vertrauen wieder entgegenbringen zu wollen und sichere ich beste Bedienung zu.

Konrad Walther III.

Bekanntmachung.

Sonntag den 29. Dezember ds. Jahres mit Beginn der neuen Brot- karten eröffne ich wieder meine

Bäckerei.

Wie früher, so werde ich mich auch jetzt bemühen, meine Kundschaff in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Geisenheim, 10. Dezember 1918.

Frau Joh. Bapt. Dey Wtw.

F. J. Petry's Zahn-Praxis

Gegründet 1888 Bingen a. Rh., Neubau Mainzerstr. 5^{1/2}

Neu! Petry's Patent-Gebissfesthalter. Deutsche Reichspatent- u. Oberersatzstücke mit diesem Sauger gefertigt, halten unbe- dingt fest. Die Petry Patent-Festhalter können, auch in jedes alte Gebiss Oberersatzplatte angebracht werden. Preise billigst! Spezial: Goldkronen aller Systeme. Unsichtbare Porzellan-Plomben. Schmerzloses Zahn- ziehen in Narkose. Füllen der Zähne und Reinigen nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft.

Grundstücks-Verkauf

Montag, den 23. Dezember 1918, vormittag 11 Uhr

werde ich im Auftrage des Herrn Bädermeisters Fried- rich Jamin die nachstehenden Immobilien:

- 1.) Weinberg im Ragenloß, 29 Ruten 89 Schuh,
- 2.) Weinberg im Ragenloß, 28 Ruten 77 Schuh,
- 3.) Weinberg Kilzberg, 22 Ruten 42 Schuh,
- 4.) Weinberg Breibert, 47 Ruten 08 Schuh,
- 5.) Koffel Breibert, 4 Ruten 78 Schuh,
- 6.) Weinbergsmust Stallen, 22 Ruten 04 Schuh,
- 7.) Weinberg Schorchen, 28 Ruten 77 Schuh,
- 8.) Weinberg Schorchen 41 Ruten 10 Schuh,
- 9.) Weinberg Ries, 38 Ruten 36 Schuh,
- 10.) Weinberg Ries, 41 Ruten 10 Schuh,
- 11.) Aker im Pfünzger 96 Ruten 78 Schuh,

im Rath. Vereinshause (Germania) zu 5 Zahlungs- terminen zum Verkauf ausbieten.

Geisenheim, den 14. Dez. 1918.

Daniel, Kirchenrechnner

ARBEITER

nehmen an die Geisenheimer Kaolinwerke.

Christbäume

große Auswahl in ver- schiedenen Größen

Franz Küfert. Geisenheim, Zollstraße 9.

Junges freundliches Mädchen

das Hausarbeit versteht sofort gesucht.

Fr. Josef Rügler Markt 4.

Gesucht Tüchtiges Mädchen

was etwas Kochen kann und Hausarbeit übernimmt für 1. Januar nach Wiesbaden Frau Dr. Schoeneisen. Zu melden möglichst bald bei Frau B. Hoehl, Rüdesh. Landstr. 8.

Jg. Kaufmann

mit einj. freiw. Zeugnis, der nach bestandener Lehre noch einige Zeit in größerem Fabrikgeschäft tätig war, dann zum Heeresdienste ein- rücken mußte, mit guten Zeugnissen, der Kurzschrift und des Masch.-Schreibens kundig, sucht anderweitig Stellung.

Angebote unter Nr. R. F. 973 an die Geschäfts- stelle erbeten.

Hotel, Restaurant, Cafe Hotel zur Linde Telefon Nr. 205.

Gebrauchter Schreibtisch oder Pult

zu kaufen gesucht. Angebote unter C. B. 899 an die Geschäftsstelle.

Speisewiebeln

sind zu haben bei Wendlin Dillmann Steinheimerstraße.

Ohnena-Fleischertrakt Erjag

eingedickte Suppenwürze frisch eingetroffen.

Prima Schöfferhof Flaschenbier

J. Bach (zur Krone.)

Aufruf.

Nachdem sich die

Deutsche Volkspartei

gebildet hat, rufen wir zur Sammlung gegen die Klassenherrschaft der Sozialdemokratie auf. Wir fordern die schnellste Einberufung einer

Nationalversammlung

die der neuen Staatsform die verfassungsmäßige Grundlage geben soll. Für die Wahlen zu dieser Nationalversammlung erstreben wir mit allen anderen bürgerlichen Parteien ein Zusammenwirken, und erhoffen eine **enge Vereinigung des gesamten deutschen Bürgertums**. Gemäß der programmatischen Kundgebung der deutschen Volkspartei wollen wir auf dem Boden der durch die Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform dafür eintreten,

die Reichseinheit zu wahren,

und baldigst **Ruhe und Ordnung im Lande** zu schaffen.

Die **wirtschaftliche Selbständigkeit des Einzelnen** soll und muß auch unter der neuen Staatsform erhalten werden. Der Erhaltung einer freien Bauernschaft auf eigener Scholle, den Wiederaufbau des **Mittelstandes**, insbesondere des **Handwerks**, der Erfüllung berechtigter Forderungen der **Beamten, Privatangestellten und Arbeiter** wird unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Unsere **sozialen Einrichtungen**, die von keinem anderen Land der Erde erreicht werden, wollen wir behaupten und weiter ausbauen.

Die **Fürsorge für alle Kriegsteilnehmer**, insbesondere für die **Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen** der Gefallenen wird unsere vornehmste Sorge sein.

Die **Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen**, der **Sparkasseneinlagen** und der gewährleisteten **Pensionen und Rentenbezüge** erachten wir als selbstverständliche Pflicht.

Die ungeheuren **Lasten des Krieges müssen gerecht verteilt**, den Kriegsgewinnlern die gebührenden Opfer auferlegt werden, für den **Wucher darf es keine Schonung** geben.

Die **deutsche Volkspartei** will treu die alten Ideale hüten, die wert sind, Bestandteile des neuen Volksstaates zu werden.

Die **Religion** wollen wir dem Volke erhalten, und treten insbesondere ein für die Beibehaltung des **Religionsunterrichts in den Schulen**, sowie für die Wahrung der geschichtlichen Rechte der großen Kirchengemeinschaften, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Den hohen Kulturgütern der Wissenschaft und der Kunst wird unsere Fürsorge gelten.

Den **vaterländischen Geist** wollen wir pflegen, um das deutsche Volk in neuer fester Einheit zusammenzufügen, und ihm in dem erstrebten Völkerbund eine geachtete Stellung sichern.

Jeder Gewaltherrschaft treten wir entgegen

und wenden uns auf das schärfste gegen **zwecklose Vergeudung von Geldern der Steuerzahler**.

Kein Stand soll vor dem andern bevorzugt werden. Engste Verbindung aller Schichten unseres Volkes in voller Gleichberechtigung seiner Glieder ohne Unterschied des Geschlechtes, des Besitzes und des Standes wollen wir in **politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit** schaffen.

Alle, die in diesen Bestrebungen mit uns einig gehen — Männer und Frauen, Bürger und Bauern, Handwerker und Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter, Beamte und Angehörige freier Berufe — fordern wir auf in unsere Reihen zu treten.

Deutsche Volkspartei Wiesbaden.

Der vorläufige Arbeitsausschuss:

P. Alt, Kaufmann; **E. Anding**; **W. Bethäuser**, Landesbauinspektor; **E. Broglie**, Lehrer; **H. Burandt**, Consul a. D. u. Stadtrat; **Dr. Degenhardt**, Studienrat; **Dr. Dornblüth**, Sanitätsrat; **Frau Dr. Dornblüth**; **Dr. Dyckerhoff**, Stadtverordneter; **E. Greiff**, Schlosser; **H. Glücklich**, Kaufmann; **Bernhard Grothus**, Hauptschriftleiter; **Leila Ilgen**, Lehrerin; **W. Jeuch**, Schriftleiter; **G. Krüde**, Rechtsanwalt; **Krüger-Velthusen**, Generalmajor; **T. Meier**, Stadtrat; **A. Merz**, Pfarrer; **P. Nickel**, Bankvorsteher; **W. Passavant**, Fabrikbesitzer, Michelbacherhütte bei Michelbach in Nassau; **A. Petitjean**, Verbandsdirektor; **A. Pfarrius**, Postsekretär; **A. Schröder**, Handwerkskammer Syndikus; **H. Treisbach**, Schuhmachermeister.

Beitritts-Erklärungen von Männer und Frauen zur

Deutschen Volkspartei

sind zu richten an die

Geschäftsstelle der **Deutschen Volkspartei**, Wiesbaden Neugasse 9, II. Stock.

Zahlstelle der **Direktion der Diskonto-Gesellschaft**, Wilhelmstraße 14.

Wiesbadener Zeitung, Nikolastraße 11.

Unterszeichneter erklärt hiermit seinen Beitritt zur
„**Deutschen Volkspartei**“

mit einem Jahresbeitrag von M.....

Name.....

Stand.....

Wohnung.....

(Straße und Hausnummer)